

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
4. EU-Eisenbahnpaket**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese in den Gremien der Europäischen Union entschieden gegen den Beschluss des 4. EU-Eisenbahnpakets eintritt, wenn dieses zu Verschlechterungen bei Betrieb oder Vergaben bestehender Nah- und Regionalbahnen führt.

Begründung

Die Eisenbahn ist ein ausschlaggebender Faktor für das effektive Funktionieren der europäischen Wirtschaft. Über 8 Milliarden Zugfahrten werden jedes Jahr angetreten. Außerdem entfallen 10% des gesamten Frachtverkehrs auf die Bahn. Jedes Jahr investiert die öffentliche Hand enorme Beträge in den Eisenbahnsektor. Trotz positiver Entwicklungen auf einigen Märkten liegt der Verkehrsträgeranteil der Schiene im Personenverkehr innerhalb der EU seit dem Jahr 2000 mehr oder weniger konstant bei 6%. Der Marktanteil des Schienengüterverkehrs ging von 11,5% auf 10,2% zurück.

Europa muss sich im Verkehrsbereich großen Herausforderungen stellen: Der Frachtverkehr wird bis 2030 voraussichtlich um 40%, bis 2050 um 80% im Vergleich zu 2005 zunehmen; beim Personenverkehr dürften etwas niedrigere Wachstumsraten zu verzeichnen sein (34% bis 2030 und 51% bis 2050). Der zunehmende Verkehr wird zu Überlastungsproblemen und höheren CO₂-Emissionen führen. Gleichzeitig muss die Versorgung mit Kraftstoffen gesichert und eine effiziente Verkehrsinfrastruktur geschaffen werden, um das Wachstum der europäischen Wirtschaft zu stützen.

Obwohl das 4. EU-Eisenbahnpaket auch wichtige Schritte zur Modernisierung des gesamten Eisenbahnmarktes und für einen fairen Wettbewerb auf der Schiene setzt, erscheinen den unterzeichneten Abgeordneten eine Vielzahl von Maßnahmen – wie das von der Kommission ursprünglich vorgesehene und vom EU-Parlament gestrichene "unbundling" von Schiene und Betrieb – überschießend und kontraproduktiv. Eine Modernisierung des EU-Eisenbahnmarktes darf weder zum Absinken von Qualitätsstandards oder zu erhöhtem Lohndruck auf die MitarbeiterInnen, noch zu einem "Rosinenpicken" auf lukrativen Strecken mit gleichzeitiger Deinvestition und Abstoßung von Nebenstrecken führen. Oberösterreich kann auf funktionierende öffentliche und private Eisenbahnunternehmen im Bereich der Regional- und Lokalbahnen verweisen. Durch verpflichtende europaweite Ausschreibungen könnte die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen eingeschränkt werden und damit auch die Qualität der öffentlichen Mobilitätsangebote im schienengebundenen Regional- und Nahverkehr.

Linz, am 8. April 2014

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Rippl, Makor, Baumgartner, Müllner, Bauer, Affenzeller, Peutlberger-Naderer, Röper-Kelmayr, Weichsler-Hauer, Pilsner, Eidenberger

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Brunner, Astleitner, Dörfel, Frauscher, Lackner-Strauss, Hüttmayr, Peinsteiner, Csar

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Buchmayr, Wageneder